



Fraktionsvorsitzender  
Joachim Euler, Kurfürstenstraße 5, 53913 Swisttal

Swisttal, 15. Dezember 2015

## **Stellungnahme der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Swisttal zur Haushaltssatzung 2016-17 mit Anlagen und zum Haushaltssicherungskonzept**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen,

zunächst möchte ich mich auch dieses Jahr wieder ausdrücklich bei den in der Verwaltung damit befassten Beamten und Angestellten für die umfassende Arbeit bedanken, die nicht nur für die Erstellung der Haushaltssatzung nebst Anlagen zu erbringen war, sondern auch für die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Einen ganz besonderen Dank auch für die ausführliche Beantwortung des Fragenkatalogs meiner Fraktion.

Sehr geehrte Damen und Herren,

zentrales Thema des Jahres 2015 war und ist die **Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen**. Ich stelle dieses deshalb unseren Haushaltsüberlegungen voran.

Noch Mitte März diskutierten die Fraktionsvorsitzenden mit dem Bürgermeister, dass bei einer zu diesem Zeitpunkt monatlichen Zuweisung von etwa sieben Flüchtlingen und einer nur geringen Weiterleitungsquote davon auszugehen sei, dass bis Ende 2015 die Kapazitäten der Swisttaler Übergangwohnheime erschöpft seien. Welch' optimistische Vorstellung!

Die Realität hat uns dagegen förmlich überrollt. Mittlerweile haben wir rd. die doppelte Anzahl an Flüchtlingen untergebracht, die noch im Mai als Worst Case prognostiziert wurde. Mittlerweile liegt die Zuweisungsquote bei wöchentlich 20 Flüchtlingen und eine drastische Reduzierung ist nicht in Sicht. Die noch im Mai diskutierte Möglichkeit, Flüchtlinge in angemieteten Objekten unterzubringen, ist bald keine mehr und auch die Überlegung, zusätzliche Infrastruktur für Asylsuchende zu schaffen, hat sich mittlerweile verdreifacht: 2 Übergangwohnheime sollen noch 2016. ein weiteres in 2017 gebaut werden. Daneben gilt es, Sofortlösungen durch Unterbringung in Containern und kommunaler Infrastruktur wie Dorfhäusern und Sporthallen zu nutzen.

Wenngleich die finanzielle Unterstützung für die Gemeinde gemäß Flüchtlingsaufnahmegesetz auf 10.000 Euro pro Flüchtling und Jahr steigen soll und auch für die Übergangwohnheime mit einer Investitionssumme von rd. drei Mio. Euro - ohne Einrichtung - noch Zuschüsse bedingen werden, werden noch erhebliche Leistungen im sozialen Bereich auf die Gemeinde zukommen.

Der einstimmige Appell des Finanzausschusses an den Landrat, die aufgrund der Flüchtlingssituation bedingten Finanzaufwendungen vom Haushaltssicherungskonzept abzukoppeln bzw. diese für Swisttal kostenneutral darzustellen, ist daher vom Rat ausdrücklich zu unterstützen.

Wenn Swisttal hinsichtlich einer Verbesserung der demographischen Entwicklung daran interessiert ist, die anerkannten Asylsuchenden auch als Swisttaler Bürgerinnen und Bürger zu halten, in dauerhaften Wohnungen unterzubringen, zu integrieren, auszubilden und

Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, wird diese Mammutaufgabe unser gemeindliches Denken und Handeln auch zukünftig in ganz erheblichen Maße bestimmen. Wie lange spricht man noch von Flüchtlingen und sieht das Erfordernis einer Unterstützung bei Bund oder Land und ab wann sind es Einwohner von Swisttal mit allein kommunaler Zuständigkeit?

Das NRW-Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr geht davon aus, dass durch den Flüchtlingszuzug in NRW in den kommenden Jahren 200.000 Wohnungen benötigt werden. 80.000 davon sollen im Bestand gewonnen werden. Ziel einer neuen Wohnungsbauoffensive ist es, in den nächsten Jahren den aktuellen, zusätzlichen Bedarf von 120.000 Neubauwohnungen in NRW zu decken.

Neben der Entwicklung und Standortaufbereitung von Flächen für den sozialen Wohnungsbau soll das mögliche Förderdarlehen 75 Prozent der anfallenden Kosten betragen - bis zu einer Höhe von 20.000 Euro je geschaffener Wohnung und einem Tilgungsnachlass von 50 Prozent.

Für Swisttal wird es darauf ankommen, frühzeitig Möglichkeiten zu identifizieren und zu definieren. Die für ein Demographiegutachten eingeplanten Mittel können hier herangezogen werden.

Im **personellen Bereich** wurden zusätzliche Kapazitäten zur Wahrnehmung der Aufgaben eines Flüchtlingskoordinators und eines Hausmeisters für die Flüchtlingsunterkünfte geschaffen. Wir sind froh, dass auch unserem Antrag für einen Sozialarbeiter für Flüchtlinge – für zunächst 2 Jahre – gefolgt wird.

Besonders freut uns, dass mit dem beschlossenen SPD-Vorschlag nun auch Mittel zur Unterstützung von Betreuungsleistungen durch Ehrenamtler und Vereine zur Verfügung stehen.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir mit der heute zu verabschiedenden Haushaltssatzung für das Großprojekt „Asylsuchende“ ausreichende finanzielle Vorsorge für die nächsten beiden Jahre getroffen haben. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den letzten Monaten haben wir aber – dank der erheblichen Kraftanstrengungen vieler in zahlreichen Bereichen – das in dieser Zeit Mögliche geschafft. Nun gilt es, die hohe Erwartung auch durchzuhalten und wo nötig, nachzusteuern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

trotz steigender Steuereinnahmen kommen die Kommunen aufgrund der hohen Sozialkosten auf keinen grünen Zweig. Dies gilt auch für Swisttal. Trotz höherer Gewerbe- und Grundsteuereinnahmen ist die Decke immer noch zu kurz. Im Kampf um einen bis 2023 ausgeglichenen Haushalt als Voraussetzung für ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept wird noch immer solange an den Stellschrauben gedreht, bis es passt.

Noch immer übersteigen die Abschreibungen die Investitionen erheblich, noch immer sinkt das Anlagevermögen, noch immer werden satte Haushaltsdefizite eingefahren.

Umfangreiche Haushaltsmittel werden für Konzepte und Planungen eingestellt, ohne die finanzplanerische Vorsorge für deren Umsetzung zu treffen. Auch bereits ohne neue Konzepte absehbare notwendige Investitionen werden nur halbherzig berücksichtigt.

Aber es wird besser. Gegenüber dem letzten Doppelhaushalt sind deutliche Verbesserungen festzustellen. Es zeigen sich schon wieder helle Flecken am düsteren Finanzhimmel der Gemeinde.

Wenn wir für die nächsten beiden Jahre einige wichtige Investitionen in Angriff nehmen können, ist dies nicht nur ein Ergebnis steigender Steuern. Auch Bund und Land haben die Probleme der Kommunen erkannt und unterstützen – leider nur punktuell und befristet – bei den kommunalen Finanzen.

Eine wichtige Aussage während des Wahlkampfes unserer Bürgermeisterkandidatin war mit Blick auf die kommunalen Finanzen, dass wir die Möglichkeiten kommunaler Unterstützungsprogramme endlich auch konsequent wahrnehmen müssen.

Der Doppelhaushalt für die nächsten beiden Jahre setzt dies – dank der Vorschläge und des Nachdrucks der SPD-Fraktion - in erfreulicher Weise um. Wir sind uns natürlich darüber bewusst, dass dies in großen Anteilen keine verlässlichen Einnahmegarantien darstellen, aber es sind Chancen, die es zu ergreifen gilt.

Dank des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erhält Swisttal 568.000 €. Wenngleich hier Einvernehmen im Rat besteht, diese Mittel für die beiden neuen Kindergärten in Heimerzheim und Buschhoven zu verwenden, ist diese Möglichkeit aufgrund einer möglichen Doppelförderung noch nicht bestätigt. Sicher ist aber, dass Swisttal dieses Geld ganz gewiss und sinnvoll investieren wird. In Richtung Herrn Wagner darf ich noch anfügen, dass wir hier keine Benachteiligung ländlicher Gemeinden erkennen können.

Ganz besonders freut uns, dass Sie unseren Vorschlägen zur Beteiligung am Förderprogramm des Bundes zur Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur gefolgt sind. Dank gilt hier der Verwaltung, die Anträge – trotz der engen Terminsetzung - rechtzeitig auf den Weg gebracht zu haben. Sollte diesen Vorschlägen gänzlich gefolgt werden, so könnte sich Swisttal über rd. 600.000 Euro Zuwendungen für die energetische Sanierung der Turnhalle in Heimerzheim, die Sanierung des Hallenboden in der Sporthalle Heimerzheim und die Sanierung der Toilettenanlage im Dorfhaus Odendorf freuen. Drei Großprojekte, für die der gesamte Eigenanteil bei nur rd. 70.000 Euro läge.

Ein weiterer Versuch, nun endlich doch mit der Realisierung des Radwegekonzeptes voran zu kommen, bietet das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 des Bundesumweltministeriums. Dazu soll die Aktualisierung des bestehenden Radwegekonzeptes im Jahre 2016 durch die Reaktivierung des entsprechenden Arbeitskreises erfolgen. Für die Umsetzung weiterer Maßnahmen des dann aktualisierten Radwegekonzeptes sollen Fördermittel für finanzschwache Kommunen beantragt werden. Da die mögliche Förderung rd. 60 % beträgt, wurde hierfür ein finanzplanerischer Vorhalt in Höhe von 100.000 € mit einer Förderung von 60.000 € für 2017-18 veranschlagt.

Wie wir in den letzten beiden Jahren gesehen haben, verlangt der investive Bereich neben ausreichenden Finanzmitteln auch eine entsprechende Umsetzung. Die Kapazitäten der Abteilung für Gemeindeentwicklung und Bauwesen war u.a. in weiten Teilen durch die Arbeiten am Flächennutzungsplan und Teilflächennutzungsplan Windenergie gebunden. Auf die Ursachen der zusätzlichen Arbeiten will ich hier nicht eingehen, aber Bürgermeister und Beigeordnete haben sich dabei nicht mit Ruhm bekleckert.

Eine Konsequenz dieser Kapazitätsdefizite in der Verwaltung konnte der Übersicht im Haushaltsentwurf hinsichtlich der geplanten Investitionen entnommen werden: 33 der für 2014-15 geplanten Projekte mit einem Investitionsvolumen von über fünf Mio. Euro werden im Doppelhaushalt 2016/17 neu veranschlagt – aufgrund der erwarteten Kostensteigerungen leider mit erheblich höheren Aufwendungen.

Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass sich die nun beschlossenen zusätzlichen personellen Kapazitäten für Planung, Bauwesen und IT-Unterstützung auch bald auswirken und insbesondere auch die zahlreichen Maßnahmen gemäß Abwasserbeseitigungskonzept umgesetzt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich noch auf einige Einzelprojekte des Doppelhaushaltes eingehen. Nicht alles, was beschlossen wurde, trifft auf unsere Zustimmung.

Leider haben wir mit der Prognose, dass der Sportanlagen-Neubau Buschhoven-Morenhoven ein finanzielles Desaster wird, Recht behalten. Auch wenn wir die Freigabe zusätzlicher Mittel teilweise reduzieren konnten – zumindest für den Augenblick – so wird doch deutlich, dass das Projekt nicht nur Kostensteigerungen erfährt, sondern auch erhebliche Folgekosten verursacht. Allein die zusätzlichen Straßenleuchten von Buschhoven, von Morenhoven und bis zur Anlage werden weitere rd. 60.000 Euro kosten. Und ich bin sicher, dass das Projekt bei der Bereitstellung über- und außerplanmäßiger Kosten noch häufiger genannt werden wird.

Der Teilverkauf der DRK-Rettungsstation in Heimerzheim ohne jegliche Diskussion möglicher Folgeverwendungen ist bedauerlich. Die Forcierung einer Erweiterung des Gewerbegebietes Odendorf ist aus unserer Sicht zur Zeit verfrüht.

Sehr bedauerlich ist die auch weiterhin fehlende Möglichkeit, Sportvereine, die keine gemeindliche Sportanlagen nutzen, durch Anteile der Sportpauschale unterstützen zu können. Hier werden wir auch in Zukunft nicht locker lassen.

Teilweise konnten wir uns gegen die Veranschlagung aus Sicht der SPD-Fraktion unsinniger Maßnahmen durchsetzen: So konnten überflüssige Planungen, wie das sogenannte Freiraumkonzept oder der Bau eines Raucherpavillons am Rathaus verhindert werden.

Erfreulich ist für uns die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Spielplatzsanierung bei gleichzeitiger Untersuchung des Bedarfes einzelner Spielplätze.

Mit der Kennzeichnung weiterer Zebrastreifen kann die Verkehrssicherheit, besonders auch für Kinder, verbessert werden.

Zunächst mit Schwerpunkt in Odendorf, kann mit der Umsetzung des Friedhofskonzeptes begonnen werden.

Insgesamt ist auch dieser Haushalt wieder auf Rand genäht. Dass die wesentlichen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger dennoch in der gewünschten Qualität erbracht werden können, ist nicht zum Nulltarif möglich.

Die nicht unerheblichen Aufwendungen verlangen auf der Gegenseite entsprechende Einnahmen. Steuer- und Gebührenerhöhungen sind für niemanden erfreulich und wir haben uns die Entscheidung dazu nicht leicht gemacht. Ich muss aber feststellen, dass ich mir als Kommunalpolitiker auch ein wenig mehr Interesse unserer Wählerinnen und Wähler wünschen würde. Trotz mehrfacher Hinweise ist mir keine Aussage aus der Bürgerschaft zum Haushaltsentwurf bekannt. Liegen Ihnen andere Informationen vor, Frau Bürgermeisterin?

Erlauben Sie mir abschließend noch die Anmerkung, dass wir uns freuen, dass Sie zugestimmt haben, die Anzahl der Ratsmitglieder ab der nächsten Wahlperiode auf 32 zu reduzieren. Dies saniert natürlich nicht den Haushalt, aber es ist ein Beitrag, der zumindest einen symbolischen Aussagewert besitzt.

Wenngleich in Teilen nicht ohne Bauchschmerzen, stimmt die SPD-Fraktion der Haushaltssatzung 2016-17 mit ihren Anlagen sowie der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zu.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!